



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

www.gruene-do.de

An die
Medien

Dortmund

09.10.08

PRESSEMITTEILUNG

Sozialticket für ganz NRW- GRÜNE begrüßen Initiative der Landtagsfraktion

In das Thema Sozialticket kommt nun auch Bewegung auf Landesebene.

Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat am Donnerstag einen Antrag vorgelegt, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, Haushaltsmittel für die Einführung eines Sozialtickets für ganz NRW zur Verfügung zu stellen.

Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN und Vorsitzende des Sozialausschusses:

„Es ist richtig und wichtig, dass die GRÜNE Landtagsfraktion darauf drängt, ein landesweites Sozialticket einzuführen. Denn unser Sozialticket in Dortmund darf keine Ausnahme bleiben. Immer mehr Städte schließen sich inzwischen unserem Beispiel an und führen das Sozialticket ein. So wird es in Unna ab dem 1. Dezember ein entsprechendes Ticket geben. Besser wäre es allerdings, wenn nicht jede Stadt selber handeln und zahlen muss, sondern wenn das Sozialticket landesweit die Regel wird. Das ist das Ziel des GRÜNEN Antrags.“

In ihrem Antrag weist die GRÜNE Landtagsfraktion darauf hin, dass in den letzten drei Jahren in NRW die Fahrpreise für Busse und Bahnen im Schnitt um rund 13 Prozent gestiegen sind. Davon sind insbesondere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen betroffen, die damit zunehmend von einer angemessenen Mobilität abgekoppelt werden. Aus Sicht der GRÜNEN sind insbesondere Kürzungen bei den Bundeszuschüssen und steigende Energiepreise die wesentlichen Gründe für die Verteuerung. Allein im Jahr 2009 müssen wieder einmal 138 Millionen Euro von den Verkehrsunternehmen eingespart werden, weil die schwarz-gelbe Landesregierung diese Kürzungen der Bundesmittel unvermindert an die Verkehrsverbände durchreicht.

Konkret fordern die GRÜNEN die Landesregierung auf, in Anlehnung an die Regelungen für die Schülerbeförderung („Schokoticket“) und das Semesterticket Haushaltsmittel für die Einführung eines Sozialtickets bereit zu stellen. Die Ausgleichsleistungen für ein Sozialticket sollen an Kommunen, kommunale Verkehrsunternehmen oder Verkehrsverbünde gehen, soweit diese sich in den entsprechenden Gremien für die Einführung eines Sozialtickets entscheiden.

Zusätzlich wird die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Verkehrsverbänden kurzfristig einheitliche Kriterien, insbesondere für den Kreis der Anspruchsberechtigten, die Preisgestaltung und den Geltungsbereich, zumindest auf Ebene der jeweiligen Verkehrsverbünde, zu entwickeln. Damit würde aus Sicht der GRÜNEN auch die Doppelbestrafung für sozialpolitisch engagierte Städte durch einerseits ihr finanzpolitisches Engagement für das Sozialticket und andererseits durch die damit einhergehende Umverteilung der verbundweiten Mehrerlöse beendet werden

Birgit Unger: „Das Sozialticket muss zum Standardtarifangebot in den Verkehrsverbänden werden. Das ist seit vielen Jahren unser Ziel. Nur, weil sich der VRR bisher nicht bewegt hat, haben wir in Dortmund unser Sozialticket separat eingeführt. Die Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten als Kämpfer gegen Armut und für Gerechtigkeit kann jetzt beweisen, dass sie damit ein Stück von sozialer Verantwortung für die betroffenen Menschen übernimmt. Denn es kann doch nicht sein, dass für die Schülerbeförderung wie auch für die Studierenden ohne Rücksicht auf das jeweilige Einkommen eine Förderung durch das Land möglich ist, aber für die Menschen mit dem absolut geringsten Einkommen eine solche Unterstützung durch das Land ausgeschlossen werden soll. Klar ist für uns aber auch: Solange es nicht vom Land ein entsprechendes Angebot gibt, wollen wir als GRÜNE in Dortmund unser Sozialticket zu den verabredeten Bedingungen weiterlaufen lassen.“